

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

Heiß und kalt in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen: Washington verlängert die Meistbegünstigungsklausel

Im März 1994 hatte der amerikanische Außenminister Warren Christopher die VR China besucht und dabei zwei Fragen, nämlich die Menschenrechte und die Weitergewährung der Meistbegünstigungsklausel durch die USA, in den Mittelpunkt seiner Gespräche gestellt. Angesichts dieser Verkettung von zwei Problembereichen, die nach Meinung der chinesischen Führung nichts - aber auch gar nichts! - miteinander zu tun haben, verliefen die Verhandlungen äußerst kühl, hatten aber gleichwohl fünf konkrete Ergebnisse, nämlich (1) die Fortsetzung der Gespräche auf hoher Ebene, (2) die Unterstützung des Beitritts Chinas zum GATT durch Washington, (3) die Wiederherstellung der Kontakte zwischen den Streitkräften beider Staaten, (4) die Entsendung eines MIA (Missing in Action)-Teams nach China und (5) das Verbot des Im- und Exports von Produkten aus Gefängnissen. (XNA, 15.3.94)

Was die Frage der Menschenrechte angeht, so hat die chinesische Seite betont, daß sie zwar bereit sei, das Thema mit den USA zu diskutieren, daß sie aber eine "Einmischung in innere Angelegenheiten unter dem Vorwand von Menschenrechtsverletzungen" auf keinen Fall dulden und daß sie eine Verknüpfung von Meistbegünstigungsklausel- mit Menschenrechtsfragen nicht hinnehmen werde: China lasse sich nichts "diktieren" (*guan bu dao*). Niemand in den USA solle glauben, daß China seine Lebensart nur deshalb ändere, weil es mit den USA Handel treiben wolle.

Ähnlich wie beim Besuch des französischen Ministerpräsidenten Balladur im April 1994 (C.a., April 1994, Ü 1), gab die chinesische Führung auch dem amerikanischen Außenminister verschlüsselte Hinweise, was sie von dessen Menschenrechtspolitik halte: Ähnlich wie bei der Visite Balladurs wurden auch während des Aufenthalts Christophers Dissidenten unter Hausarrest gestellt.

Im übrigen waren die Chinesen zuversichtlich, daß die USA auf ihre profitablen Handelsbeziehungen zu China nicht verzichten wollten: 1993 erreichte das beiderseitige Handelsvolumen beispielsweise 40,3 Mrd. US\$ (einschließlich Reexporte über Hongkong), mit wachsender Tendenz. (CBR, May-June 1994, S.59) (Zur Menschenrechtsdiskussion vgl. auch Sebastian Heilmann: "China, der Westen und die Menschenrechte", C.a., Februar 1994, S.145-151; zur Frage des GATT-Beitritts vgl. Margot Schüller: "Chinas Integration in die internationalen Wirtschaftsorganisationen IWF, Weltbank und GATT", C.a., Februar 1994, S.152-161.)

Beide Seiten wissen, daß sie sich mit der Fortsetzung schlechter Beziehungen zum anderen letztlich ins eigene Fleisch schneiden. Dies hat auch China im Laufe des Jahres 1993 mehrere Male erfahren müssen, so z.B. als die amerikanische Seite sich gegen die Ausrichtung der Olympischen Spiele in der VR China im Jahre 2000 aussprach (vgl. dazu C.a., März 1993, Ü 7, Juni 1993, Ü 8), als es ferner zu Reibungen wegen der illegalen Zuwanderung zahlreicher Chinesen in die USA kam (dazu C.a., Juni 1993, Ü 8) und als es nicht zuletzt um angebliche chinesische Waffenverkäufe zwischen Washington und Beijing zu erneuten Spannungen kam. (Dazu C.a., August 1993, Ü 3.)

Der Streit um die Meistbegünstigung ist im übrigen ein Dauerbrenner, der seit dem Tiananmen-Massaker von

1989 in der inneramerikanischen Diskussion immer wieder aufgeflammt ist, von den Vorgängern Clintons, Reagan und Bush, aber immer wieder zu Gunsten Chinas entschieden worden war, da jeder dieser amerikanischen Präsidenten erkannte, daß er mit einer Beendigung der Klausel bei der amerikanischen Wirtschaft flammende Empörung ausgelöst hätte. (Vgl. dazu u.a. C.a., Juni 1992, Ü 23.)

Auch Präsident Clinton hat sich nun der Politik seiner Vorgänger angeschlossen und am 26. Mai bekanntgegeben, daß die Meistbegünstigung für China um ein Jahr verlängert werde und daß künftig die jährliche Überprüfung dieser Begünstigung von Menschenrechtsfragen losgelöst werden solle. Clinton betont in diesem Zusammenhang, daß die Beziehungen zu China für alle Amerikaner wichtig seien und einen "wesentlichen Faktor für die Sicherheit in Asien und auf der Welt bildeten". Washington müsse die bilateralen Beziehungen zu China auf eine breitere und produktivere Basis stellen.

Das chinesische Außenministerium gab dazu am 27. Mai einen beinahe überschwenglichen Kommentar ab. Erneut betonte das Ministerium, daß die Meistbegünstigung in Zukunft nicht mehr mit "unzugehörigen Fragen verkettet oder aber an Bedingungen und Forderung geknüpft" werden solle. Überdies forderte das Außenministerium die US-Regierung auf, sämtliche Sanktionen gegen China aufzuheben. Zwischen beiden Staaten gebe es viele Gemeinsamkeiten. Die Meistbegünstigung bilde den Kern der Handelsverträge zwischen China und den USA und den Grundstein für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. (XNA, 27.5.94)

In einem Kommentar von Zhou Ping hieß es: "Die USA sind das entwickeltste Land der Welt; China ist ein großes Entwicklungsland. Beide Staaten tragen eine große Verantwortung für die Weltlage... Beide Seiten sollten sich gemeinsam bemühen, eine blühende, stabile und fortgeschrittene Welt ins nächste Jahrhundert zu führen ... In den 45 Jahren seit der Gründung der Volksrepublik China ging es mit den chinesisch-amerikanischen Beziehungen auf und ab. Sonnenschein und dunkle Wolken wechselten einander ab, man sammelte positive wie auch

negative Erfahrungen. Die Praxis hat wiederholt bewiesen, daß sich die chinesisches-amerikanischen Beziehungen weiter entwickeln und nicht nur den beiden Völkern zum Wohl gereichen, sondern auch zum Frieden und zur Stabilität der Welt beitragen können. Solange China und die USA das Augenmerk auf die Gesamtsituation der Welt richten, von den Grundinteressen beider Länder ausgehen, einander respektieren und ihre Zusammenarbeit über die ideologischen Differenzen hinaus entwickeln... Der Meistbegünstigungsstatus ist als Grundlage für die Aufrechterhaltung der normalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und den USA nicht nur für China, sondern auch für die USA von Nutzen. China will nicht, daß die USA diesen Status aufheben. Dies bedeutet aber nicht, daß der Himmel einstürzen, die Erde sich andersherum drehen, die Volksrepublik China nicht mehr existieren und ihre Wirtschaft sich nicht mehr entwickeln könnte, wenn die USA den Meistbegünstigungsstatus für China aufheben. In diesem Fall würde nicht nur die chinesische Wirtschaft betroffen, sondern auch die amerikanische. Gegenwärtig beträgt das jährliche Importvolumen Chinas 100 Mrd.US\$. Bei einem jährlichen Zuwachs von 9% wird es bis zum Jahr 2000 insgesamt 1 Billion US\$ erreichen. Auch für die Welt ist China ein großer Markt. Mit Aufhebung des Meistbegünstigungsstatus für China würden die USA diesen verlieren... In der Menschenrechtsfrage bestehen zwischen China und den USA zwar einige Übereinstimmungen, aber auch viele Meinungsverschiedenheiten. Die USA halten ihre Ansichten über die Menschenrechte für weltweit anerkannt, in Wirklichkeit sind aber nur eine Milliarde Menschen dafür und vier Milliarden Menschen dagegen. In den Augen der Chinesen gibt es auch in den USA Verstöße gegen die Menschenrechte. Gibt es in den USA etwa keine Rassendiskriminierung? Werden nicht Frauen diskriminiert und belästigt!? Die Kriminalitätsrate liegt in den USA viel höher als in China. China hat sich bewußt nicht in die Diskussion des Los-Angeles-Vorfalles eingemischt, weil es sich hier um eine innere Angelegenheit der USA handelt... China legt verstärktes Gewicht auf die Existenz- und Entwicklungsrechte der Menschen. Zwar leben im Entwicklungsland China immer noch mehr als 80 Millionen Menschen in Armut - zumeist in den entlegenen, grenznahen

Gebieten. Aus diesem Grunde muß China vor allem die Nahrungs-, Bekleidungs-, Wohnungs- und Verkehrsfrage, d.h. die Frage der Existenz- und Entwicklungsrechte von 1,2 Milliarden Menschen lösen.

China akzeptiert zwar nicht die Ansichten der USA und anderer westlicher Länder über die Menschenrechte und duldet deshalb auch keinen Druck auf die Volksrepublik. Doch ist China bereit, auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den USA und anderen westlichen Ländern über die Menschenrechte zu diskutieren... Die Frage des Meistbegünstigungsstatus muß von der Frage der Menschenrechte getrennt und der Status für China ohne Vorbedingungen verlängert werden." (BRu 1994, Nr.22, S.4 f.) -we-

*(2)

Rußlands Ministerpräsident besucht die VR China

Vom 26. bis 29. Mai kam der russische Ministerpräsident V.S. Tschernomyrdin zu einem offiziellen Besuch nach China und knüpfte dort bei allen seinen Verhandlungen expressis verbis an die Prinzipien an, wie sie bereits während des Jelzin-Besuches vom 17. bis 19. Dezember 1992 vereinbart worden waren. (Das damals unterzeichnete 21-Punkte-Kommuniqué ist wiedergegeben in C.a., Dezember 1993, S.1168.)

Nachdem bereits die am 25.12.91 untergegangene Sowjetunion die einstigen "Drei Hauptforderungen" Chinas, nämlich (1) Truppenabzug aus Afghanistan, (2) Rücknahme des sowjetischen Indochina-Engagements und (3) Truppenreduzierung in Zentralasien, weitgehend erfüllt hatte - und der Nachfolgestaat Rußland in den Bemühungen zur Erfüllung dieser Forderungen fortgefahren ist, scheint zwischen beiden Seiten vollends die Sonne aufgegangen zu sein.

Auf drei Gebieten arbeiten beide Seiten besonders eng zusammen, nämlich bei den Grenzverhandlungen, beim Grenzhandel und im Militärbereich, genauer: bei russischen Waffenlieferungen an China.

Bei den Grenzverhandlungen geht es um die genaue Festlegung eines immerhin 4.000 km langen Bereichs, um den es seit den 60er Jahren immer wieder zu Auseinandersetzungen ge-

kommen war. Seit Beginn der 90er Jahre verhandeln hier beide Seiten permanent miteinander, wobei sich der Verhandlungsgegenstand von Ost nach West, d.h. von den leichteren zu den schwereren Problemen hin bewegt: In Zentralasien ist freilich mittlerweile nicht mehr nur Rußland, sondern auch Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan betroffen, so daß sie in die Abmachungen seit 1992 mit eingeschaltet wurden. (Zu den Grenzverhandlungen vgl. u.a. auch C.a., Juni 1992, Ü 4 und Oktober 1992, Ü 5.)

Im Kommuniqué vom 29.5.1994 wurde nochmals festgestellt, daß beide Seiten sich um eine noch schnellere Lösung der Grenzfragen bemühen und auch ihre Militärpräsenz in Zentralasien noch weiter ausdünnen wollten. (XNA, 30.5.94)

Auch der Grenzhandel soll noch weiter verstärkt werden. Insgesamt hat es 1993 einen Handelsaustausch zwischen beiden Seiten von rd. 8 Mrd.US\$ gegeben. Beide Seiten weisen darauf hin, daß sie die Grenzangelegenheiten und auch den Handel stets unter den Gesichtspunkten einer großen bilateralen und asiatisch-europäischen Zukunft im 21. Jahrhundert angehen wollten. Besonders dynamisch ist der Grenzhandel im Bereich der Tumen-Region, wo ein rd. 15.000 qm großes Gebiet im russisch-nordkoreanisch-chinesischen Grenzbereich zu einer gemeinsamen Wirtschaftszone ausgebaut werden soll. Ferner soll im Bereich der nordchinesischen Stadt Heihe und der russischen Stadt Blagoweschtschensk eine chinesisch-russische Freihandelszone errichtet werden.

Auch zwischen den beiden Armeen, deren Soldaten sich so viele Jahre lang feindlich gegenüber gestanden sind, gibt es inzwischen eine enge Zusammenarbeit. Im November 1993 besuchte kein Geringerer als der russische Verteidigungsminister Gratschow als erster russischer Verteidigungsminister die VRCh und unterzeichnete dort ein Kooperationsabkommen zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder, das Waffenlieferungsabkommen vermuten läßt, auch wenn zu diesem Thema verständlicherweise keine offiziellen Kommentare gegeben wurden. Auch das Kommuniqué vom 29.5. weist auf eine enge militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten hin.

Im Kommuniké heißt es auch, daß zwischen beiden Seiten eine "kontinentale Landbrücke" zwischen Europa und Asien entstehen soll.

Während des Tschernomyrdin-Besuches unterzeichneten beide Nachbarländer sieben Kooperationsabkommen, u.a. über die Verwaltung der gemeinsamen Grenze, den Seetransport, den Schutz von Naturrohstoffen und den Schutz der Fischereigebiete in den Grenzgewässern.

Konflikte scheint es zwischen beiden Seiten kaum noch zu geben - zumindest haben sie sich stark verringert: Zu erwähnen sind Reibereien auf nuklearem Gebiet, Zusammenstöße in benachbarten Seegebieten und bevölkerungs- sowie siedlungspolitische Entwicklungen. (Näheres dazu C.a., Dezember 1993, S.1170.) -we-

Innenpolitik

* (3)

Präludium zum fünften Jahrestag der Unterdrückungsmaßnahmen von 1989

In einer ungewöhnlich offenen Stellungnahme zur "politischen Affäre" (*zhengzhi fengbo*) des Frühsommers 1989 (so die offizielle Bezeichnung für die damalige städtische Protestbewegung und die militärische Unterdrückung am 4. Juni in Beijing) hat Staats- und Parteichef Jiang Zemin im Mai die Repressionsmaßnahmen als notwendig und zuträglich für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in China gerechtfertigt. "Hätten wir damals nicht jene resoluten Maßnahmen ergriffen, dann gäbe es heute keine Stabilität in China. Eine schlechte Sache wurde zu einer guten Sache... Die [chinesische] Geschichte belegt, daß alles, was der Stabilität in China nützt, eine gute Sache ist." (RMRB, 13.5.94) Die gleichen Positionen soll Jiang, der 1989 nicht führend an der Entscheidung zur militärischen Repression beteiligt war, während einer Politbüro-Sitzung Anfang Mai vertreten haben. Einige der mächtigsten Militärführer sollen sich seiner Beurteilung nachdrücklich angeschlossen haben. (ZM, 94/6, S.6-8)

Im Vorfeld des Jahrestages hatten die chinesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz in den politischen Zentren des

Landes massiv verstärkt. In einem Zirkular der Zentralregierung waren sie dazu aufgerufen worden, jede Form von "Sabotageaktivitäten" im Keim zu ersticken. Bewaffnete Volkspolizei, Sondereinheiten zur Unruhebekämpfung und mechanisierte Truppenverbände hatten sich landesweit in Bereitschaft zu halten. Allein in der Hauptstadt Beijing sollen bis zu hunderttausend Mann starke Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei stationiert worden sein.

Nach Meldungen der Hongkonger Zeitschrift *Dangdai* (Gegenwart) wurde seit Anfang dieses Jahres das Personal des Sicherheits- und Justizapparats um etwa 130.000 Frauen und Männer aufgestockt, um dem Verfall der öffentlichen Ordnung zu begegnen. Es handele sich um den größten Neueinstellungsschub seit den umfassenden Kampagnen zur Verbrechensbekämpfung vor zehn Jahren. (*Dangdai*, 15.5.94, S.18-19; *Ming Bao*, Hongkong, 1.6.94; SCMP, 25.5.94)

In einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch/Asia (ehemals Asia Watch) wurden Fälle von 500 Gefangenen (meist Arbeiter und Bauern, deren Namen im Westen bisher nicht bekannt waren) dokumentiert, die im Zusammenhang mit den Unterdrückungsmaßnahmen von 1989 inhaftiert worden sein sollen. Man müsse annehmen, daß landesweit immer noch Tausende von Teilnehmern an den Protestkundgebungen in Lagern und Gefängnissen säßen. (*The Economist*, 21.5.94, S.61)

Das chinesische Justizministerium begnete diesem Bericht mit der Versicherung, daß die "überwältigende Mehrheit" der damals Verhafteten inzwischen freigelassen worden sei. Die 500 von der Menschenrechtsorganisation aufgeführten Fälle existierten nicht. Das Ministerium machte allerdings keine Angaben darüber, wie viele der damals Verhafteten heute noch in Gefängnissen sitzen. (Xinhua, 23.5.94, nach SWB, 26.5.94; FAZ, 25.5.94)

Sieben auf freiem Fuß befindliche Studentenfürher der Bewegung von 1989 (darunter Wang Dan, Zhai Weimin und Guo Haifeng) richteten Ende Mai eine Eingabe an den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, in der sie eine Neubewertung der Ereignisse als "patriotische demokratische Bewegung", die Freilassung aller

wegen ihrer Beteiligung verhafteten Personen und staatliche Hilfen für die von der Unterdrückung geschädigten Familien und Aktivisten forderten. Es gab keine offizielle Stellungnahme zu dieser Eingabe; die Observierung der Dissidenten wurde jedoch verschärft. (Kyodo News Service, 26.5.94, sowie *Xin Bao*, Hongkong, 27.5.94, nach SWB, 27./28.5.94) -hei-

*(4)

Weitere Anzeichen für eine Belebung der Volkskongresse

Die von Kritikern des Regimes häufig als "Abstimmungsmaschinen" (*biaojue jiqi*) verspotteten Volkskongresse lassen nach Berichten verschiedener Hongkonger Nachrichtenmagazine auch nach der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) deutliche Anzeichen für eine interne Belebung erkennen. (Siehe "Das Innenleben eines 'Zustimmungsparlaments'", C.a., 94/3, S.266-275.)

So soll ein Teil der Delegierten auf der diesjährigen Plenartagung des städtischen Volkskongresses von Beijing im April folgende Forderungen und Beschwerden vorgebracht haben:

- Bei der Wahl des Bürgermeisters müsse es künftig eine Auswahl unter mehreren Kandidaten geben, an deren Nominierung das Plenum mitzuwirken habe;
- Mitglieder der städtischen Regierung sollten zur Offenlegung der Vermögensverhältnisse ihrer Familie verpflichtet werden, um einem Mißbrauch von Amtspositionen zur privaten Bereicherung vorzubeugen. Unter den Führungskadern der städtischen Behörden nähmen bis zu 85 Prozent gleichzeitig Positionen in Unternehmen ein, was Korruption und Amtsmissbrauch fördere.
- Die Stadtregierung vernachlässige den Ausbau des Erziehungs- und Ausbildungswesens.
- Eine Amnestie für diejenigen verurteilten Demonstranten, die sich an den Protesten von 1989 gewaltlos beteiligt hatten, könne dazu beitragen, Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen.

Die Führung des städtischen Volkskongresses bemühte sich, durch Überzeugungsarbeit in Kleingruppen-Sit-